

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 26.02.2026

Antrag:
Opferschutz statt Kriminalisierung

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass Prostituierte, die im Bereich des Sperrbezirks tätig waren, nicht vorrangig ordnungsrechtlich verfolgt oder mit Bußgeldern belastet werden, sondern dass im Rahmen der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten eine konsequente Schwerpunktsetzung auf die Freier („Nachfrageseite“) erfolgt, die sexuelle Dienstleistungen im Sperrbezirk in Anspruch nehmen.

Dabei soll insbesondere geprüft werden,

1. wie die vorhandenen Ermessensspielräume bei Kontrollen und Ahndungen stärker opferschutzorientiert genutzt werden können,
2. wie Freier, die gegen den Sperrbezirk verstoßen, konsequenter belangt werden können,
3. wie betroffene Frauen statt Sanktionierung systematisch in Schutz- und Ausstiegsprogramme aufgenommen werden können,
4. wie München sich auf Landes- und Bundesebene für eine Weiterentwicklung der Prostitutionspolitik nach dem Vorbild des Nordischen Modells einsetzen kann, bei dem nicht die Prostituierten, sondern die Käufer sexueller Dienstleistungen kriminalisiert werden.

Begründung:

Frauen in der Prostitution sind in den meisten Fällen nicht Täterinnen, sondern Betroffene von Armut, Gewalt, Abhängigkeit und nicht selten auch von Menschenhandel. Gerade im Bereich der Straßenprostitution ist die Freiwilligkeit häufig stark eingeschränkt, viele Frauen handeln unter massivem Druck oder in existenzieller Not.

Es ist sozialpolitisch wie menschenrechtlich problematisch, diese Frauen zusätzlich durch ordnungsrechtliche Sanktionen, Bußgelder oder Verfolgung zu belasten. Wer im Sperrbezirk der Prostitution nachgeht, tut dies meist nicht aus freier Entscheidung, sondern aus einer ausweglosen Situation heraus.

Die eigentliche Verantwortung liegt bei der Nachfrageseite: Männer, die sexuelle Dienstleistungen trotz Sperrbezirk bewusst in Anspruch nehmen und damit Ausbeutung, Gewalt und kriminelle Strukturen mitfinanzieren.

Ein wirksamer Schutz von Frauen gelingt nur, wenn nicht die Betroffenen kriminalisiert werden, sondern die Käufer sexueller Dienstleistungen in den Fokus geraten. Dies entspricht auch der internationalen Entwicklung hin zum sogenannten Nordischen Modell, das Prostitution nicht als normale Dienstleistung betrachtet, sondern als Ausdruck geschlechtsspezifischer Gewalt und Ausbeutung. Dort wird nicht die Prostituierte bestraft, sondern der Freier.

München sollte im Rahmen der geltenden Rechtslage seine Kontrollpraxis stärker opferschutzorientiert ausrichten, Frauen in Hilfesysteme vermitteln und zugleich ein klares Signal setzen: Sexuelle Ausbeutung darf nicht durch Nachfrage gestützt werden.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende